

Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz

Kritische Bilanz von sieben Jahren NSU-Aufklärung durch
Professor Hajo Funke

Seit sieben Jahren wissen wir um die Morde und Anschläge der Neonazi-Terrorgruppe NSU. Vor etwa 25 Jahren begann deren Geschichte hier in Thüringen. Die mutmaßlichen, späteren, rassistischen Mörder terrorisierten andere Menschen und verübten erste Anschläge – und wurden Teil der organisierten Neonazi-Szene rund um den »Thüringer Heimatschutz«. Eine Szene, die von Geheimdienst-Spitzeln durchsetzt war. Der NSU, das ist heute klar, war von V-Leuten umstellt. Doch gewußt haben die Dienste angeblich nichts, das behaupten ihre Vertreter bis heute in Untersuchungsausschüssen.

PAUL WELLSOW

Der emeritierte Professor für Politikwissenschaft und Experte für Rechtsextremismus, *Hajo Funke*, zieht nun Bilanz. In seinem Buch »Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz« stellt er den Behörden ein vernichtendes Urteil aus. Den Fall des NSU wertet er als »Staatsaffäre«. Ein wichtiger Baustein des Versagens der Geheimdienste sei das Führen von bezahlten Spitzeln, meint *Funke*. Er erläutert das ausführlich an verschiedenen Beispielen aus dem Neonazismus, und beleuchtet auch das Wirken von Spitzeln in der radikalen Linken und dem Islamismus.

In fünf Kapiteln auf 240 Seiten macht *Funke* einen Ritt durchs Thema – kenntnisreich, zugespitzt und gut zu lesen. Am Anfang steht eine aus-



VSA:

Hajo Funke

Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz

Staatsaffäre NSU: das V-Mann-Desaster
und was daraus gelernt werden muss

foto: © VSA-Verlag

führliche Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse in Sachen NSU – aus Berichten der Untersuchungsausschüsse, eigenen Nachforschungen, Antifa-Recherchen und Akten der Behörden. Er zeigt, was die Ämter über die abgetauchten Täter, ihre Taten und ihre Helfer wussten – auch wenn sie sich gerne hinter Nichtwissen verschanzten. *Funke* beleuchtet nicht nur die Entstehung der Szene und das Handeln der Behörden, sondern nennt ungeklärte Fragen und – das ist wichtig! – geht ausdrücklich auf das Leid der Opferfamilien und den Rassismus als Antrieb der rechten Täter ein.

Funkes Kritik bleibt nicht im Detail, sie ist grundsätzlich – und sie beleuchtet Kontinuität staatlichen Handelns über Jahrzehnte. Er attestiert den Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik eine »Unkontrollierbarkeit«, die »unserem Verfassungsverständnis zuwiderläuft«. Seine Forderung ist klar: »Ziel müsste meines Erachtens die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes in der bisherigen Form sein.« ■

Hajo Funke: Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz. Staatsaffäre NSU: Das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss, VSA Verlag, Hamburg, 2017, 16.80 Euro.

» #FreeDeniz

Zur Freilassung des Journalisten *Deniz Yücel* (»Die Welt«) aus türkischer Haft erklärt *Susanne Hennig-Wellsow*, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: »Endlich ist der seit mehr als einem Jahr in der Türkei inhaftierte Journalist aus der Haft entlassen worden. Das ist eine gute Nachricht – für seine Angehörigen und Freunde, aber auch für die vielen anderen, die sich für seine Freilassung einsetzen, sowie die Einhaltung von Menschenrechten eingefordert haben. Jetzt bleibt zu hoffen, dass auch die weiteren zu Unrecht einsitzenden Menschen freigelassen werden. Dafür muss sich die Bundesregierung gegenüber der Türkei einsetzen.«

» Hausverbot?

Der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, *Rainer Kräuter*, kritisierte, dass die Geschäftsführung der »Thüringen Kliniken Georgius Agricola« in Saalfeld eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung im Februar auf ihrem Gelände untersagt hat: »Dass den gewerkschaftlichen Vertretern der Zugang zum Gelände untersagt wird, ist von der Koalitionsfreiheit unseres Grundgesetzes nicht gedeckt«, stellte *Kräuter* fest. *Kräuter* wunderte sich über diese Umgangsweise. »Die Leitung sollte sich überlegen, ob es angebracht ist, in Trägerschaft des Landkreises den Mitarbeitern eine gewerkschaftliche Zusammenkunft auf dem Betriebsgelände zu untersagen.«

» Lügen-AfD

Die rechtsextreme AfD behauptete, die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete in Thüringen habe im Jahr 2017 139 Millionen Euro gekostet. Im Internet verbreitete sich diese Lüge schnell. Doch wahr ist an den Zahlen nichts, darauf wies Ministerpräsident *Bodo Ramelow* (DIE LINKE) auf Twitter hin. 2017 kostete die Gesundheitskarte für Geflüchtete, mit der unnötige Bürokratie abgeschafft und die Versorgung einfacher wurde, 5,73 Millionen Euro – öffentlich nachlesbar im Jahresabschluss des Landeshaushalts. Wieder einmal wurde die AfD beim Lügen erwischt, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen.

mitbestimmung

Verpasste Chance für Demokratie

Als »eine verpasste Chance für mehr Glaubwürdigkeit und mehr Demokratie in der Politik« bezeichnete die Abgeordnete *Anja Müller* (DIE LINKE) das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im Bund zwischen CDU, CSU und SPD. Die Sprecherin für Petition und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung der Thüringer Linksfraktion sagte: »War im Sondierungsgespräch noch ein Vorschlag von der SPD zum Lobbyregister verankert, ist es nun aus dem Koalitionspapier komplett verschwunden. Die Einführung des Registers hätte deutlich gemacht, wer im Bundestag oder im Bundeskanzleramt ein- und ausgeht – und wer so an Gesetzesentwürfen mitarbeitet. Doch diese Chance für mehr Transparenz in der Politik fällt im Koalitionsvertrag durch.«

Müller kritisiert, dass auch die Einführung eines bundesweiten Volksentscheides nur eine Expertenkommission beraten soll. Dabei wird erörtert werden, »ob« und »in welcher Form« die parlamentarische Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung ergänzt werden könne. Ein klares Bekenntnis zu mehr Demokratie ist das nicht. Mehr Demokratie bleibt also, sollten die



foto: © Linksfraktion

Parteien am Ende dem Koalitionsvertrag zustimmen, Sache der Länder und nicht des Bundes. Das sei bedauerlich, meint *Müller*. Denn die SPD war mal schon viel weiter, betont die Abgeordnete der LINKEN: »Sie hat aus der Opposition heraus – also vor der letzten Großen Koalition – einen eigenen Gesetzentwurf für mehr Mitbestimmung auf Bundesebene in den Bundestag eingebracht.« Ein Mitbestimmungsrecht im Sinne des Grundgesetzes sei weiterhin richtig, sagte *Müller*. Zusammengefasst werde deutlich: »Auch in Sachen direkter Demokratie und Mitbestimmung auf Bundesebene ist dieser Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/SPD krachend gescheitert.«